Stadt verschärft Pachtbedingungen für Landwirte

Linksgrünes Bündnis konnte sich gegenüber der Verwaltung durchsetzen / Kompromisse noch in letzter Minute

Von Petra Hase

Greifswald. Landwirte, die Flächen der Hansestadt Greifswald gepachtet haben oder in Zukunft pachten wollen, müssen sich auf verschärfte Vertragsbedingungen einstellen. Nach langen Debatten und zähem Ringen um einzelne Formulierungen hat die Bürgerschaft der Hansestadt am Montagabend ein Vorlagenpaket verabschiedet, das den Erhalt der Fruchtbarkeit des Bodens und der Biodiversität der Natur zum Ziel hat. Dabei konnte sich das Fraktionsbündnis aus Linken, SPD, Grünen, Tierschutzpartei und Einzelmitglied Hulda Kalhorn (Alternative Liste) mit seinen Vorschlägen gegenüber den drei Beschlussvorlagen der Stadtverwaltung mehrheitlich durchsetzen. Die Verwaltungsvorlagen galten im Vorfeld als gemäßigte Version einer grundsätzlich härteren Pachtpolitik. Dabei zeigte sich das linksgrüne Bündnis noch bis kurz vor der Abstimmung als kompromissbereit.

So war einer der Streitpunkte in den vergangenen Wochen das vom Bündnis verfolgte Ziel, Ökolandbetrieben bei der Neuvergabe von landwirtschaftlichen Flächen grundsätzlich den Vorrang vor konventionell arbeitenden Unternehmen zu geben. In dieser Rigorosität ist das jetzt vom Tisch. Zwar beinhaltet der Mehrheitsbeschluss noch immer den Vorrang der Ökobauern. „Gleichgestellt werden aber auch konventionelle Betriebe, wenn ihr Betriebskonzept umfangreiche Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität vorsieht", heißt es nun. Zugleich einigten sich die Abgeordneten auf Vorschlag von Katja Wolter (FDP) darauf, statt eines Verzichts auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel die Reduzierung derselben festzuschreiben. Bereits im Vorfeld der Sitzung änderten die Einbringer der Vorlage den Beschlusstext dahingehend, dass Pachtverträge über eine Laufzeit von zwölf Jahren abgeschlossen werden sollen. In der ersten, von Landwirten stark kritisierten Variante des Bündnisses war noch von sechs Jahren mit der Option weiterer sechs Jahre die Rede.

Ziel ist nachhaltige Landwirtschaft

Grünen-Fraktionschef Alexander Krüger wertete das Papier nach vielen Gesprächen sowohl mit Initiativen als auch mit Landwirten als konsensfähig. „Wir wollen nachhaltige Landschaft, möglichst kleinteilig", sagte er. Dazu sei es notwendig, Hürden abzubauen und mehr miteinander zu reden.

Das Aktionsbündnis „Unser Land schafft Wandel" demonstrierte vor Beginn der Bürgerschaftssitzung für die Einführung ökologischer und sozialer Pachtkriterien bei der Landvergabe. FOTO: STEFANIE PLOCH

Die Christdemokraten indes unterstützten die Verwaltungsvorlage des grünen Oberbürgermeisters Stefan Fassbinder, was an jenem Abend sowohl Abgeordnete als auch einige der zahlreichen Besucher irritierte. „Wir stehen auf Seiten der Landwirte und wollen, dass sie gleichberechtigt behandelt werden. Das ist das, was die Stadtverwaltung ausgehandelt hat", begründete CDU-Fraktionschef Axel Hochschild. Es könne nicht sein, dass die Bauern mehr und mehr als Buhmänner der Nation gelten. „Sie sind nicht die, die die Bienen töten und Wasser verseuchen", sagte er, „denn am Ende entscheidet der Verbraucher an der Theke, was er kauft."

Überzeugen konnte er damit nicht. Linken-Fraktionschef Jörn Kasbohm wertete die neu ausgehandelten Pachtbedingungen sowie Vergabekriterien ebenfalls als große Chance, in der Region schrittweise mehr nachhaltige Landwirtschaft hinzubekommen. „Es waren sehr intensive Gespräche, wir sollten diesen Faden nicht fallen lassen", warb er für einen weiteren Dialog. Ähnlich äußerte sich Monique Wölk von der SPD: „Wenn wir jetzt nicht die Agrarwende anstoßen, erreichen wir schnell unsere Grenzen", sagte sei und sprach sich dafür aus, die Landwirte zu stärken.

> „Wir hatten uns bewusst gegen einen Aufzug mit unseren großen Maschinen entschieden, wollten der Bürgerschaft Kompromissbereitschaft signalisieren.
>
> **Jan Rindler**
> Landwirt

Landwirte bezeichnen Kompromiss als positiv

Alles Worte, die Jan Rindler aus Oberhinrichshagen mit großer Aufmerksamkeit vernahm. „Sie wollen Landwirtschaft nachhaltiger gestalten? Wir auch", sagte der studierte Landwirt vor dem Stadtparlament und warb dafür, die Spaltung von konventionellen und ökologisch produzierenden Unternehmen nicht weiter voranzutreiben, stattdessen die Kräfte zu bündeln. Der 29-Jährige bewirtschaftet mit seinem Vater 560 Hektar, von denen 400 Hektar städtische Fläche sind. Seit drei Jahren schon werde kein Glyphosat auf den Acker gebracht. „Artenschutz, Klimaschutz und Biodiversität sind Ziele, die auch uns wichtig sind", versichert Jan Rindler und vertritt damit die Ansichten mehrerer junger Kollegen im Greifswalder Umland. Die von der Bürgerschaft gefundenen Kompromisse bezeichnet er daher als positiv und akzeptabel. „Landwirtschaft ist unser Leben, unser Alltag. 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche", so Rindler.

Ähnlich denkt Landwirt Tim Dietrich aus Jarmshagen: Er begrüße die konstruktive Debatte in der Bürgerschaft, die „am Ende zu einem praxisgerechten Ergebnis geführt hat. Wir erkennen den Wunsch der Gesellschaft nach Erhaltung und Steigerung der Biodiversität an und beteiligen uns gerne weiterhin an der Umsetzung", so Dietrich. Dazu biete die „Greifswalder Agrarinitiative" (GAI) eine einmalige Chance. Den Beitritt zu diesem Verein hat das Parlament ebenfalls mehrheitlich beschlossen. Er soll jene Arbeit zur Etablierung einer nachhaltigen Landwirtschaft fortsetzen, die 2013 unter Federführung der Michael Succow Stiftung geleistet wurde. Wobei die Stiftung nicht mehr als Projektleitung zur Verfügung steht.

Wenig konstruktiv bezeichnete Landwirt Jan Rindler den Protest des Aktionsbündnisses „Unser Land schafft Wandel" vorm Rathaus unmittelbar vor der Bürgerschaftssitzung: „Das brachte eine negative Anfangsstimmung in den Saal", kommentierte er den Auftritt und fügte hinzu: „Wir hatten uns bewusst gegen einen Aufzug mit unseren großen Maschinen entschieden, wollten der Bürgerschaft Kompromissbereitschaft signalisieren". Das Aktionsbündnis nutzte die Parlamentssitzung, um eine Petition zu überreichen. Die 1575 Unterzeichnenden forderten damit „die Einführung ökologischer und sozialer Pachtkriterien bei der Landvergabe. Denn wir wollen eine attraktive, eine vielfältige, arten- und strukturreiche Landschaft um Greifswald, in der hochwertige und gesunde Lebensmittel produziert werden und wo eine auskömmliche Wertschöpfung für Landwirte möglich ist", so Mascha Peters stellvertretend für das Bündnis.